

einem hiesigen Waldrevier von dem zuständigen Oberförster geleitet. Die jungen Rindvieh werden sich nicht nur wegen Fortdiebstahls, sondern auch wegen Beamtenbeleidigung, Widerstands und fälligen Angriffs zu verantworten haben.

Baugen. (Verhaftungen.) Das Wehrkreis-Kommando ordnete die Verhaftung des in Baugen tätigen Gewerkschaftsbeamten Krndt sowie des Steinwegers Koch an. Diese Verhaftungen sind am Sonntag durchgeführt worden. Krndt wird zur Last gelegt, zum Streik aufgefordert zu haben, Koch hat man im Verdachte, Mitglied einer kommunistischen Hundertschaft zu sein. Zu Verhaftungen führte auch eine Durchsuchung der Wohnung des Erwerbslosen Bchner in Baugen. Die Durchsuchung erfolgte, weil man bei Bchner Waffen vermutete. Gefunden wurde nur ein altes Seitengewehr. Aus Anlaß der Durchsuchung war es zu einem Wortwechsel zwischen dem Kommando führenden Reichswehrleutnant und Bchner, sowie dessen Eltern gekommen. Da hierbei eine ganze Reihe abfälliger Redensarten gegen Reichswehr und Reichswehrmaßnahmen fielen, wurden Vater und Sohn verhaftet. Außerdem beabsichtigte man, wegen Verteilens von Flugblättern den Tuchmacher Horstmann in Baugen zu verhaften. Horstmann war jedoch nicht aufzufinden. — Auch in Cospitz und Pirna wurden Verhaftungen vorgenommen.

Dresden. (Die angebl. Mandatsniederlegung Zeigners) Zu der Blättermeldung, daß der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner sein Landtagsmandat niederlegen werde, erfährt der Telanton-Sachsendienst zuverlässig, daß die Absicht der Mandatsniederlegung wohl aus rein persönlicher Verärgerung heraus allerdings bestanden hat. Dr. Zeigner hat sich inzwischen überzeugen lassen, daß seine Gründe für die Mandatsniederlegung nicht ausschlaggebend sein können und wird demgemäß sein Landtagsmandat beibehalten. Zurzeit befindet er sich auf Urlaub, sodas er an den Landtagsitzungen nicht teilnehmen kann. — (Sächsisches Volksoffer.) Von den Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften des Stabes der IV. Division und des Stabes des Infanterie-Führers IV sind für das Sächsische Volksoffer „Boll in Rot“ 27 Billionen Mark gespendet und an die Wehrkreis-intendantur abgeliefert worden. Außerdem geben die Angehörigen des Stabes Brot ab, das nach Weisungen des Fährorgans verteilt wird.

Dresden, 16. Novbr. (Der heutige Brotpreis) beträgt für die erste Sorte 540 Millionen Mark, für die zweite Sorte 500 Millionen Mark.

Dresden. (Das Arbeitsministerium gegen die Kürzung der Erwerbslosen bezüge.) Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Gegen die Begrenzung der Höhe der Erwerbslosenunterstützung, die für Erwerbslose mit Angehörigen durch die Bestimmung eingetreten ist, daß seit dem 5. November 1923 die Summe der Familienzuschläge den Betrag der Hauptunterstützung nicht übersteigen darf, hat das sächsische Arbeitsministerium sofort beim Reichsarbeitsministerium Einspruch erhoben. Da die Länder bei der Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung nicht vorher gehört werden, aber nachträglich im Reichsrat dazu Stellung nehmen können, ist die sächsische Vertretung im Reichsrat angewiesen worden, auch dort gegen die vom Reich verfügte Verschlechterung der Lage hinderlicher Erwerbsloser die nötigen Schritte zu unternehmen. Der Erfolg der Maßnahmen muß nun abgewartet werden.

Dresden. (Dr. Zeigner zur Mandatsniederlegung aufgefordert.) Die gestern auf Grund von Weisungen, die aus der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages stammen, widerriefene Meldung, daß der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner sein Landtagsmandat niedergelegt habe, ist, wie dem Telanton-Sachsendienst zuverlässig mitgeteilt wird, wie folgt richtig zu stellen: Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner ist von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages aufgefordert worden, sein Landtagsmandat sofort niederzulegen. Dr. Zeigner hat die Niederlegung auch versprochen, dieses Versprechen jedoch nicht eingelöst, sondern sich der Einlösung durch fluchtähnlichen Antritt einer Urlaubsreise nach der Schweiz entzogen. In einer gestern abgehaltenen Sitzung der Fraktion ist nunmehr beschlossen worden, Herrn Zeigner endgültig aufzufordern, sein Landtagsmandat ohne jedes Zögern niederzulegen.

Dresden. (Dr. Zeigners Mandatsniederlegung.) Während sich gestern die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit der Angelegenheit Zeigners beschäftigte, traf ein Schreiben des früheren Ministerpräsidenten ein, in dem dieser erklärt, sein Mandat nieder zu legen.

Meißen. (Die Not mit dem Notgeld.) Aus den Kreisen der Bevölkerung wird darüber gemeldet, daß während Meißen mit auswärtigem (besonders Dresdner und Freitaler) Notgeld, das die Meißner Geschäftswelt jederzeit willig angenommen habe, geradezu überflutet sei, die Dresdner Geschäftswelt gegen das Meißner Notgeld sich durchaus ablehnend verhalte. Infolgedessen müßten diejenigen hiesigen Einwohner, die geschäftlich in Dresden zu tun haben, alles in Bewegung setzen, um sich für ihre Geschäftsreise nach Dresden mit dem nötigen Reichsgeld zu versehen. Dieses unfreundliche Verhalten der Dresdner Geschäftswelt berechtige zu der

Warnung an die hiesige Einwohnerschaft, bei der Annahme von Dresdner Notgeld möglichst vorsichtig zu sein, damit sie nicht noch für ihr Entgegenkommen hohe Spejen zu tragen habe, denn die Umtauschgebühr für einen solchen Geldschein betrage allgemein ein Fernbriefporto.

Grimma. (Die Kunst geht betteln.) Der „Döbener Anzeiger“ berichtet: Ein Beispiel, wie heutzutage die Kunst nach Brot gehen muß: Schüler des Konservatoriums in Leipzig besuchen die umliegenden Dörfer und geben Konzerte, um sich den nötigen Lebensunterhalt zu verdienen. Als Eintrittspreis verlangen sie für eine Person 5 Pfund Kartoffeln oder 1 Pfund Getreide oder Mehl. Sehr zufrieden, mit den notwendigen Lebensmitteln versehen, konnten sie nach Leipzig zurückkehren, um ihr Studium weiter fortzusetzen und ihr Leben kräftig zu können.

Leipzig. (Die Not des Mittelstandes.) Wie schwer der Mittelstand von der Not der Zeit getroffen wird, geht daraus hervor, daß bei einer einzigen Leipziger Färbung 400 Meister stempeln gehen müssen.

Die Rentenmark.

Der Reichsfinanzminister hat die Rentenbank ermächtigt, am 15. November mit der Herausgabe der Rentenmark zu beginnen. Das ist ein Schritt, um aus der Währungs-krise herauszukommen, aber noch nicht entfernt die Ueberwindung der Krise selbst. Es ist überhaupt ein Irrtum anzunehmen, daß wertbeständiges Geld allein durch Gesehe und Verordnungen geschaffen werden könne. Wir haben zwar vom 15. November ab die Rentenmark, aber wir wissen noch nicht, ob sie im Verhältnis zum Dollarkurs ihren Wert behalten wird, weil dieser Wert abhängig ist von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Voraussetzungen, die für sich und sich gegenseitig schneidend, in ihrem Ablauf noch gänzlich übersehen lassen. Die Verordnung über die Rentenmark bestimmt, daß mit ihrer Herausgabe das Reich verpflichtet ist, die Schatzwechselwirtschaft einzustellen. Das Reich deckt also nicht mehr wie bisher seinen Finanzbedarf dadurch, daß es Schatzwechsel begibt, sondern es muß sich mit dem von der Rentenbank gewährten Kredit einrichten. Damit ist auch der Notendruck beendet, daß heißt, der Papiergeldumlauf kann nun nicht mehr ungemessen und unübersehbar gesteigert werden. Damit ist eine Quelle der Entwertung der Papiermark gestopft. Sobald feststeht, wie hoch der Notenumlauf überhaupt ist, ist es möglich, das Einlösungs- oder Umrechnungsverhältnis zu bestimmen. Es ist nun schon aus technischen Gründen wahrscheinlich, daß der Notendruck selbst noch einige Tage fortgesetzt werden muß, da der Zahlungsmittelbedarf um so größer ist, als auf der anderen Seite die Kaufkraft der Papiermark immer mehr sinkt. Die Rentenbank hat am 15. November den Dollarkurs einseitig auf 25 Billionen Papiermark festgelegt. Indessen steht er damit noch unter dem Auslandskurs der Papiermark, der über Devisen London am 15. November rund 5 Billionen Papiermark für den Dollar betrug. Es ist aber eine Frage auf Leben und Tod für die deutsche Wirtschaft, daß Inlands- und Auslandskurse sich ziemlich anpassen. Die deutsche Wirtschaft wird für die Uebergangszeit mehr als je auf den Inlandsmarkt angewiesen sein. Es ist beispielsweise unmöglich, den Baumarkt noch länger brach liegen zu lassen. Da unsere Wirtschaft auf den Bezug ausländischer Rohstoffe und Nahrungsmittel angewiesen ist, kann sie im Inland auch nicht einmal vorübergehend unter Auslandspreisen verkaufen. Sie wäre sonst mit ihrem Dasein sofort zu Ende.

Die Rentenmark wird sich nur langsam durchsetzen, d. h. nur nach und nach die Papiermark ersetzen können. Diese bleibt einweilen als Scheidemünze beibehalten, so daß sie nicht nur einen festen Umrechnungskurs erhält, sondern auch über einen gewissen Betrag nicht angenommen zu werden braucht. So war es auch unter der Herrschaft der Goldwährung mit den Silbermünzen der Fall, für die eine Annahmeverpflichtung über 20 Mark hinaus nicht bestand. Gelingt es indessen den Papiermarkkursen leiblich festzuhalten, so wird sie sich im Verkehr auch behaupten. Ueberdies ist ja ihr beschleunigter Einzug vorgesehen, was sie indessen nach Wochen oder Monaten nicht vorausbestimmen läßt. Einigermassen verwickelt ist nun, auf Grund welcher Währungsreform der Auslandskurs festgesetzt werden soll. Das hängt nicht allein von Deutschland ab. Soweit an den Auslandsbörsen der Papiermarkkurs nicht durchgestrichen ist, geschah die Umrechnung immer auf Grund eines Verhältnisses von Papiermark. London und Amsterdam rechnen mit Billionen, so daß sich beispielsweise am 14. November ein Kurs von 14 Billionen für 1 Pfund Sterling ergeben hat. Das Ausland wird zunächst den Kurs der Rentenmark beobachten, den in der Hauptfrage die deutsche Wirtschaft allein zu bestimmen hat. Die Rentenmark ist ein Wagnis, das nur gelingen kann, wenn sich jeder dafür verantwortlich fühlt. Das geht schon aus dem Deckungsverhältnis hervor, das auf die Wirtschaftsgruppen umgelegt ist. Zunächst ist das Reich Nutznießer der Rentenmark. Es darf deshalb auch nur vorsichtig und unter Anwendung äußerster Spar-samkeit mit der Rentenmark umgehen. Sodann muß die Bilanz der Wirtschaft durch Festhalten geminnen, was bedeutet, daß der Ertrag der Wirtschaft durch Anspannung aller Energien gesteigert werden muß. In dieser Hinsicht ist nicht nur viel, sondern alles zu leisten. Der Achtstundentag ist gegenüber der Gefahr, daß dieser Währungsversuch mißlingt, von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Das heißt also, alle Schranken müssen fallen, die bisher die Steigerung der Erzeugung verhindert haben. Wenn die sozialistische Presse es heute schon so darstellt, als ob allein Reichsregierung und Reichsfinanzminister für das Gelingen die Verantwortung tragen, so ist das eine grobe Fälschung der Tatsachen. Der Reichsfinanzminister kann nichts weiter tun als dafür zu sorgen, daß mit der sogenannten Weimarer Finanzpolitik Schluß gemacht wird. Im Uebrigen kann er seinen Einfluß auf den Wirtschaftsminister ausüben, daß dieser der Wirtschaft die Freiheit zurückgibt, die sie braucht, um die Rentenmark für die Zeit des Uebergangs im Kurs zu halten. Es handelt sich um einen Uebergang, der sehr wahrscheinlich ein Umweg ist, der aber unbedingt zur Goldwährung führen muß. Diese ist nur erreichbar, wenn die Wirtschaft während der Uebergangszeit ihre volle Erzeugungs-kraft zurückgewonnen hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. November. (Ausdehnung der Denzengesetzgebung auf die Renten-

mark.) Vor maßgebender Seite wird mitgeteilt: In der nächsten Nummer des Reichsanzeigers erscheint eine Verordnung über Ausdehnung der Denzengesetzgebung auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld. Im Artikel 1 werden die für Rentenmark geltenden Bestimmungen der Valutaspekulationsverordnung auf Rentenmark, wertbeständige Anleihe des deutschen Reiches (Goldanleihe) und auf mit Genehmigung der Reichsfinanzminister ausgegebenes Notgeld ausgedehnt. Die gleiche Ausdehnung erfahren die Bestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung. Im Artikel 2 wird das Marktverbot auf Rentenmark, Goldanleihe und Notgeld ausgedehnt. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im Reichsanzeiger in Kraft.

Berlin, 15. November. (Die Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft.) Der Vorstand und das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben sich in ihrer letzten Sitzung für eine sofortige Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft ausgesprochen und, wie der Telegraphen Union mitgeteilt wird, folgende Entschlüsse gefaßt: Deutschlands Wirtschaftslieben muß von allem unnötigen Ballast befreit werden. Insbesondere müssen Organisationen, die nicht imstande sind, die Verteilung zu fördern, verschwinden. Das deutsche Wirtschaftsleben, vertreten durch Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie, ersuchen daher die Reichsregierung, in einem Zeitpunkt, in dem von den Bergleuten zur Verbilligung der deutschen Kohle Mehrarbeit erwartet wird, um sofortige Aufhebung des Reichskohlenkommissariats und des Gesetzes vom 23. März 1919 über die Kohlenzwangswirtschaft.

Berlin, 16. November. (Rentenbank und Reichsregierung.) Der Reichsfinanzminister empfing gestern den Verwaltungsrat und den Vorstand der deutschen Rentenbank. Führer des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft nahmen an dem Empfang teil. Aus den Kreisen des Verwaltungsrates wurde darauf hingewiesen, daß nur ein wertbeständiges Zahlungsmittel die Voraussetzung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft sein könne. Die Voraussetzung für die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels sei im übrigen die Aktivierung der Zahlungsbilanz, die nur durch Förderung der Ausfuhr erreicht werden könne. Deshalb müsse die Produktion wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. In diesem Zusammenhange sei die Wenderung des Arbeitsgesetzes und die Befreiung von den Tarifverträgen zu fordern. Eine vollständige Umstellung der Erwerbslosenfürsorge werde sowohl der Wirtschaft als auch der Entlastung des Reichshaushaltes zu gute kommen. Der Reichsfinanzminister erklärte zu den wesentlichsten Grundgedanken der Darlegungen des Verwaltungsrates seine Zustimmung und betonte insbesondere, daß die Reichsregierung sich auf alle Fälle innerhalb der durch die Verordnung geschaffenen Grenzen bewegen werde. In den nächsten Tagen würden Maßnahmen veröffentlicht werden, die einen Teil der vorgetragenen Wünsche der Erfüllung näher brächten.

Berlin, 15. November. (Rentenmark vorläufig nur für Beamte.) Nachdem die ursprüngliche Absicht, beim Erscheinen der Rentenmark auch der Privatwirtschaft Rentenmarkkredite für Gehalts- und Lohnzahlung zur Verfügung zu stellen, durch den Streik der Buchdrucker zunichte gemacht ist, können zunächst nur die dringendsten Bedürfnisse des Reiches mit diesem Zahlungsmittel befriedigt werden. Als solche Ausgaben gelten die für Personalzwecke des Reiches, d. h. Bezüge der Beamten und Angestellten und Löhne der Arbeiter und die Bezüge der Versorgungsberechtigten des Reiches, sowie die Versorgungszuschüsse des Reiches an die Länder und an die Gemeinden, für die solche Zuschüsse gewährt werden. Zur Sicherung einer gleichmäßigen ausreichenden Versorgung aller Klassen sind die Behörden angewiesen worden, unter keinen Umständen mehr wertbeständige Zahlungsmittel anzufordern, als zulässig ist. Der Vorsteher der Gemeinde kann persönlich für Ersatz der Ueberforderung und zwar in Rentenmark verantwortlich gemacht werden.

Berlin, 15. November. (1 Rentenmark = 600 Milliarden Papiermark.) Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches sowie den Beamten und Angestellten der Länder und Gemeinden und Gemeindeverbände wird am 15. und 16. November zum ersten Male ein Teil ihrer Bezüge in Rentenmark ausgezahlt. Aus kassenrechtlichen Gründen wird hierbei ein Umrechnungssatz von 300 Milliarden Papiermark = 1 Rentenmark zugrunde gelegt. Dieser Umrechnungssatz hat nur rechnerische Bedeutung für das Innenverhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden als Arbeitgeber einerseits und den oben genannten Gehalts- und Lohnempfängern andererseits. Der Kursfestsetzung der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr soll hierdurch in keiner Weise vorgegriffen werden. Inzwischen ist der Kurs der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr auf 600 Milliarden Mark festgesetzt worden. Die erhöhte Zahlung, die sich hieraus für die genannten Gehalts- und Lohnempfänger ergibt, wird bei der Festsetzung der Nachzahlungen für das dritte Novemberviertel oder die entsprechende Arbeiterlohnwoche berücksichtigt werden.

Berlin, 15. November. (Ende des Buchdruckerstreiks?) Es wird gehofft, daß der Buchdruckerstreik heute zu Ende gehen wird, so daß morgen wieder gearbeitet würde. — Auf Veranlassung des